

Wer bezahlt den Bau vor der Haustür?



BUXTEHUDE. Vier Parteien wollen die Straßenausbaubeitragssatzung in Buxtehode abschaffen – Entscheidung am Dienstag im Rat.

Es ist aktuell das große Streitthema in der Buxtehuder Politik. Grüne, Buxtehuder Bürger-Gemeinschaft/FWG, FDP und auch die noch nicht im Rat vertretene AfD wollen in der Hansestadt Buxtehode die Straßenausbaubeitragssatzung abschaffen. Die Satzung regelt, in welcher Höhe die Anlieger einer städtischen Straße an der Sanierung dieser Straße beteiligt werden. SPD und CDU wollen die jetzige Satzung auch nicht mehr, wollen sie aber auch nicht ersatzlos streichen. Am Dienstagabend werden im Rat der Stadt (20 Uhr, Stadthaus) noch einmal die Argumente aufeinander prallen. Der Rat befasst sich aufgrund eines Antrags der BBG/FWG erneut mit dem Thema. Ebenso wie Grüne und FDP will die Bürger- und Wählergemeinschaft die Beitragssatzung im Kommunalwahlkampf auf die Agenda heben, um Stimmen zu mobilisieren. Der Rat wird am 11. September gewählt. SPD, CDU und Grüne haben sich unmittelbar vor der Sitzung noch einmal zu Wort gemeldet.

Neue Regelung soll sozial verträglich sein

Die Buxtehuder SPD-Fraktionsvorsitzende Astrid Bade sieht ihre Partei in der Diskussion zu unrecht attackiert. Für sie ist es eindeutig, dass die bestehende Satzung in ihrer jetzigen Form nicht mehr zur Anwendung kommt, man müsse aber eine sozial verträgliche neue Regelung schaffen und dafür abwarten, was im Gesetzgebungsverfahren der niedersächsischen Landesregierung herauskomme. Die Projekte, die gerade im Bau oder in der Abrechnung sind, würden von einer Änderung nicht mehr profitieren.

Die SPD ist mit 14 Abgeordneten die stärkste Fraktion im Stadtrat. Aus Sicht der SPD wird eine Regelung gebraucht, die auch die Eigentümer von Mieteigentum belastet. Die einfache Erhöhung der Grundsteuer B, um bei einer Abschaffung der Satzung die dann zwischen 280 000 bis 230 000 Euro pro Jahr fehlenden Gelder für den städtischen Haushalt wieder rein zu holen, ist aus SPD-Sicht keine Alternative. Eigentümer von Mietwohnungen könnten die höhere Grundsteuer einfach auf die Miete umlegen. Wenn sie dann selbst außerhalb der Stadt wohnen würden, müssten Vermieter trotz der Wertsteigerung für ihr Grundstück überhaupt keinen Beitrag leisten.

CDU sieht keinen Druck etwas übers Knie zu brechen

Die CDU stellt elf Abgeordnete und hat bei 39 Abgeordneten einschließlich der parteilosen Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt gemeinsam mit der SPD eine sichere Mehrheit. „Wir haben im Fachausschuss erläutert, dass wir vor einer intensiven Beratung von Alternativen auf die anstehende Gesetzesänderung aus Hannover warten. Ein Buxtehuder Alleingang macht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn“, sagt Arnhild Biesenbach, Fraktionsvorsitzende der CDU im Rat. Das Land Niedersachsen ist aktuell bemüht, Kommunen neue Rahmen bei der Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen zu geben. Zudem bestehe aus CDU-Sicht kein Druck, die Abschaffung oder Novellierung kurz vor den Kommunalwahlen übers Knie zu brechen. Angefangene Baumaßnahmen würden in jedem Fall nach dem alten System abgerechnet. „Bei der aktuellen Satzung besteht Änderungsbedarf. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Ungerechtigkeiten bestehen“, sagt Alexander Krause, Vorsitzender der Buxtehuder CDU. Es sei jedoch absolut verantwortungslos, eine bisher unstrittige Satzung ohne Gegenfinanzierung abschaffen zu wollen. Es sei bedauerlich, dass sich BBG/FWG, FDP und Grüne in Hoffnung auf ein dankbares Wahlkampf-Thema so vor einen Karren spannen ließen, der eigentlich nicht zu ihnen passe.

Die Grünen – mit sieben Sitzen Nummer drei im Rat – versuchen ihren Wunsch nach Abschaffung der Satzung mit Zahlen zu untermauern. Bei einem Grundsteueraufkommen von über acht Millionen Euro pro Jahr müsste die Grundsteuer nur von 385 Punkten auf 404 Punkte erhöht werden, um die 255 000 Euro einzunehmen, die 2016 durch die 75-prozentige Beteiligung der Bürger im Etat eingeplant sind. Damit läge die Stadt immer noch unter dem Niveau von Stade (420) und Neu Wulmstorf (410). Auch bei der Belastung der einzelnen Bürger sei eine Erhöhung der Grundsteuer vertretbar. Bei einem Reihenhaus von 1977 müsste der Eigentümer 11,59 Euro pro Jahr mehr zahlen. Bei einem Einfamilienhaus von 2011 wären es 17,10 Euro. Für Mieter fielen die Mehrbelastungen niedriger aus. Je nach Größe und Baujahr schwankten die Mehrkosten zwischen 4,42 und 24,18 Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Bei der Straßenausbaubeitragssatzung können Kosten von einigen hundert Euro für eine Eigentumswohnung bis hin zu einem fünfstelligen Betrag entstehen. „Grundsätzlich sind wir gegen Steuererhöhungen, aber wenn es keine Alternative gibt, ist die Erhöhung der Grundsteuer der bessere Weg“, sagt Grünen-Fraktionschef Michael Lemke. Im Übrigen wundere er sich, dass SPD und CDU die aktuelle Diskussion nicht nutzen, um mit einer Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt das Thema aus dem Wahlkampf zu nehmen.

Die Ratssitzung

Der Rat der Hansestadt Buxtehude tagt am morgigen Dienstag um 20 Uhr im Sitzungssaal des Stadthauses (Bahnhofstraße 7). In letzten Sitzung vor der Sommerpause geht es unter anderem um ein Parkverbot auf dem Petri-Platz, die Finanzierung von zusätzlichen Schulbauten und die Behelfsampeln für Dammlhäuser, die Einrichtung einer neuen Nachmittagsgruppe in der Kita-Gruppe Rotkäppchenweg und die Annahme einer Resolution, die die schnelle Verlängerung der B3neu fordert. Insgesamt stehen 20 Punkte auf der Tagesordnung. www.buxtehude.de